



Presse der Landkreise Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, Spree-Neiße und der Stadt Cottbus und des Landes Brandenburg

Pressemitteilung Nr. 4/2012

Eine „Reformeritis“ um Ihrer selbst willen darf es nicht geben!

Die Bündnisgrünen aus den Südkreisen EE, LDS und OSL stehen einer Kreisgebietsreform, die keinerlei Vorteile für die ländlichen Regionen bietet und nur zu einer Verlagerung der Kompetenzen in die Zentren führt sehr skeptisch gegenüber. Dabei wären Reformen für mehr Bürgernähe so notwendig.

KREISVERBÄNDE ELBE-ELSTER OBERSPREEWALD-LAUSITZ DAHME-SPREEWALD

Andreas Rieger
Kreisvorsitzender LDS

Klaus Peschel
Kreisvorsitzender EE

Ronald Miotke
Kreisvorsitzender OSL

Kreisgeschäftsführung der Landkreise
Dahme-Spreewald (LDS)
Oberspreewald-Lausitz (OSL)
Elbe-Elster (EE)
Zum Kanal 16, 15907 Lübben
www.gruene-dahme-spreewald.de
sueden@gruene-dahme-spreewald.de

Lübben, 18. März 2012

Am Samstag trafen sich bei schönsten Frühlingwetter über 20 Mitglieder und SympathiesantInnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am Samstag, 17.03.2012 in Lübbenau um über die Auswirkungen der demographischen Entwicklung im ländlichen Raum zu sprechen. In den Räumen des LÜBBENAUBRÜCKE e.V. im Kulturzentrum Gleis 3 tagten Bündnisgrüne aus den drei Kreisverbänden ELBE-ELSTER, OBERSPREEWALD-LAUSITZ und DAHME-SPREEWALD. In seinem Grusswort zeigte der Caulauer Bürgermeister WERNER SUCHNER die Situation der Städte und Gemeinden in der berlinfernen Gebieten auf: Wirtschaftliche Schwäche aufgrund des Strukturwandels, gepaart mit abnehmenden Bevölkerung, verstellt oft durch eine depressiven Stimmung den Blick auf die Chancen und und Stärken der Region.

Die bündnisgrüne Landtagsabgeordnete URSULA NONNEMACHER, Mitglied der Enquete-kommission "Brandenburg 2020: bürgernah, effektiv und zukunftsfest", berichtete von den Findungs- und Diskussionsprozessen in der Kommission und Ihrer nicht unumstrittenen personellen Zusammensetzung aufgrund der spezifischen Interessenslagen der Mitglieder. Bis Herbst wird die Kommission einen Zwischenbericht vorlegen. Dieser soll Grundlage für die kommenden Entscheidungsprozesse im Parlament werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen vorallem auf diesen ergebnisoffenen Diskussionsprozess im Parlament wert. Dieser wurde jedoch schon von zahlreichen „Versuchsballonen“ zu künftigen Strukturen einzelner Akteure mit teilweise abenteuerlichen und verfassungswidrigen Vorschlägen torpediert.

CLAUDIA LUDWIG von der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald zeigte die Probleme bei der Planung der schulischen und ärztlichen Versorgung auf. Da die zur Verfügung stehenden Zahlen und Richtwerte auf die besonderen strukturellen Bedingungen nicht eingehen, gestaltet sich Planung oft schwierig. Beispielsweise ist der Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit Augenärzten formell sogar überversorgt, real gibt es aber einen Mangel, da die

Bevölkerung überdurchschnittlich alt ist. Die Versorgungsschlüssel der Kassenärztlichen Vereinigung nehmen darauf aber keine Rücksicht.

Beide Vorträge zeigten, dass die Rahmenbedingungen für Land, Landkreise und Kommunen sich in den nächsten Jahren spürbar ändern werden. Bezogen auf 2008 ist in Brandenburg bis 2030 ein Bevölkerungsrückgang von 12 Prozent zu prognostizieren. Dabei verlieren die berlinfernen Regionen überdurchschnittlich an Bevölkerung, während die Einwohnerzahl im „Speckgürtel“ immer noch leicht wächst. Zu dieser demografischen Entwicklung kommen auf finanzieller Ebene neue Belastungen hinzu: Die Einnahmen werden bis 2020 deutlich zurückgehen. Einer schrumpfenden und gleichzeitig älter werdenden Bevölkerung stehen weniger Finanzmittel zur Verfügung, um eine relativ immer teurere Infrastruktur bereitzustellen. Vor diesem Hintergrund soll die Enquetekommission Vorschläge erarbeiten, wie sich Landes- und Kommunalverwaltungen organisieren sollten, um künftig leistungsfähig und bürgernah zu sein.

In der Diskussion konnte jedoch die Frage nach den konkreten finanziellen Auswirkungen von Strukturreformen aufgrund fehlender Untersuchungen und Berechnungen nicht beantwortet werden. Auch konkrete Zahlen zu den Verwaltungs- und Infrastrukturkosten je Einwohner liegen nicht vor, da die Versorgungsstrukturen in den Kreisen, Städten und Gemeinden nicht vergleichbar sind. KLAUS HAUPTVOGEL aus Ortrand ermittelte die reinen Personalkosten für den Kreis Oberspreewald-Lausitz mit fast 300 € je Einwohner und damit weit über dem ostdeutschen Landesdurchschnitt. Ein Thema wird damit der Finanzausgleich innerhalb Brandenburgs sein. Inwieweit dies durch eine Strukturreform geleistet werden könne blieb fraglich.

Nach der Mittagspause tauschte man sich in zwei Arbeitsgruppen zu den wirtschaftlichen und infrastrukturellen Themen des demografischen Wandels und möglicher Strukturveränderungen aus.

Für Bevölkerungs- und finanzschwache Gebiete bleiben Identifikation, lokale Stärken und Partizipation entscheidender als höchste Verwaltungseffizienz. Strukturreformen werden nur akzeptiert, wenn diese freiwillig erfolgen. Im Ergebnis wurde von den meisten Anwesenden bezweifelt, ob eine Gemeinde- oder Kreisstrukturreform überhaupt zielführend ist. Als entscheidend für die Akzeptanz und für eine erfolgreiche Umsetzung staatlicher Strukturen wurde einhellig die Verankerung dieser in die lokalen Realitäten benannt. Wichtiger als Strukturen sind aber wirtschaftliche, soziale und kulturelle Perspektiven in der Region. Hierfür können wiederum lokale Strukturen wie Rathäuser, Bürgerbüros und Gemeindehäuser sehr hilfreich sein.

Einer „Reformeritis“, die letztendlich nur einen bürokratischen Wasserkopf in den Verwaltungszentren gebiert, wurde eine klare Absage erteilt: Vergangene Reformen zeigten, dass hierdurch keine finanzielle Entlastung der Haushalte erzielt werden kann. Vielmehr schwächt es durch die Konzentration auf wenige Standorte die ländlichen Gebiete verstärkt und vernachlässigt die lokale Kompetenz. Diese Kompetenz kann auch lokal geliefert und geleistet werden, ohne Mehraufwand, aber mit Mehrwert für die kleinen Städte und Gemeinden. Die Orte der Verwaltung sind mehr als Büros, sie sind auf dem Land auch kulturelle Orte. Daher ist eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit gegenüber einer vertikalen Kompetenzverschiebung der Vorzug zu geben.

Als regionale Stärken und Ausbaupotenzial wurden der ökologische Landbau und der Tourismus benannt. Hier besteht aber auch die Gefahr zu einer „Kleingartenkolonie“ der Berliner zu werden. Die Universitätsstädte Frankfurt (Oder) und Cottbus mit pendelnden Studenten und Mitarbeitern zeigen diese Gefahr auf. Für die Attraktivität der Region für hochqualifiziertes Personal wie Lehrer, Ärzte und Führungskräfte sind neben adäquatem Einkommen die

sogenannten weichen Standortfaktoren wie kulturelles Angebot, Schulversorgung und ÖPNV entscheidend. Als schönes Beispiel einer Gemeindentwicklung kann Münchehofe genannt werden: Wie der Bürgermeister RALF IRMSCHER eindrucksvoll darlegte, kann ein grünes Leitbild Identifikation mit dem Standort und einen Einstieg in eine positive Entwicklung induzieren. Die Ansiedlung der Gläsernen Molkerei war dabei nur ein Baustein zu einem Aufbruch in Richtung Regionale Produkte, ökologische Nahrungsmittelproduktion und echtes nachhaltiges Wachstum. Ein derartiger Prozess braucht engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die mit Ihren Ideen und Vorstellungen ein solche Entwicklung anstossen und begleiten. Diese zu unterstützen sollte Aufgabe verantwortungsvoller Politik sein.

Schwerpunkt der Diskussion zum Thema Schule war die Inklusion, die Zusammenlegung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf mit denjenigen ohne diesen. Die Kontroverse zu den Möglichkeiten und Bedingungen sowie zur Sinnhaftigkeit der beschlossenen Inklusion führte zu der Erkenntnis, dass Inklusion in den Schulen ein langwieriger und aufwändiger Prozess ist, der jedoch gerade für die kleinen Schulen in den ländlichen Gebieten eine Chance sein kann. Notwendige Rahmenbedingungen wie geringe Klassenstärken und ein gutes Betreuungsverhältnis mit fachlich qualifizierten Personal sind hier vermutlich einfacher und günstiger zu schaffen.

Die drei Kreisverbände von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die weitere Debatte zu möglichen Strukturreformen kritisch begleiten und auch künftig die interessierte Öffentlichkeit einbeziehen. In der abschliessenden Betrachtung der durchweg sehr positiv aufgenommenen Veranstaltung waren sich die Vorstände aller drei Kreisverbände einig, gemeinsame Veranstaltungen zu Themen der Region künftig zweimal im Jahr durchzuführen.

Andreas Rieger, Architekt
Kreisvorsitzender Dahme Spreewald

Zum Kanal am roten Nil 16
15907 Lübben
T: 03546 22 66 80
M: 0172 340 26 17
E: arieger@gmx.de

